

Gespräch zwischen Helga Grebing und Johanna Uekermann

## »Redet nicht so viel von Systemveränderung, sondern vom Hier und Jetzt«

*Wie kann die SPD wieder aus dem Zustimmungstief kommen? Gibt es einen sozialdemokratischen utopischen Überschuss? Welche Koalitionsoptionen hat die Partei nach 2017? Um diese und andere Fragen zu klären, traf sich die Historikerin Helga Grebing, Jahrgang 1930, die sich über viele Jahre vor allem mit der Sozialgeschichte und der Geschichte der Arbeiterbewegung auseinandergesetzt hat, und Johanna Uekermann, geboren 1987, studierte Politikwissenschaftlerin und seit Ende letzten Jahres Bundesvorsitzende der Jusos. Es moderierte Gunnar Hinck.*

**NG/FH:** Wenn man sich heute im Bekanntheitskreis unterhält, wird man als SPD-Mitglied oft belächelt. Vom »Genossen Trend« ist da meist, ganz im Gegensatz zu den 60er und 70er Jahren, nicht mehr die Rede. Stimmt es, dass sich das Bild von der SPD so gewandelt hat und wenn, warum?

**Johanna Uekermann:** Ich glaube, das Problem ist weniger inhaltlicher Natur. Eher ist es heute so, dass das langfristige Engagement in Parteien, das lange Sich-Binden an Parteien nicht mehr »cool« ist. So verstehe ich es jedenfalls, wenn ich mich mit jungen Leuten unterhalte. Sie sind nicht unpolitisch, aber ihre Art des Engagements ist heute eine andere. In eine Partei muss viel Zeit und Kraft investiert werden, Ortsvereinssitzungen haben einen angestaubten Touch und – ja, die SPD erscheint vielen als Altherrenpartei. Das schreckt ab. Zudem sind ja viele der großen Umwälzungsthemen in den letzten Jahren abgeräumt worden: Die Energiewende läuft, die Ordnung des Arbeitsmarktes schreitet voran, genauso wie die Gleichstellung von Frauen in kleinen Schritten vorankommt. Ein bisschen verliert sich alles im Klein-Klein. Die großen Kämpfe werden nicht mehr ge-

führt, deswegen ist es weniger attraktiv, in eine Partei zu gehen.

**Helga Grebing:** Lange schien es, als würde der Genosse Trend für uns arbeiten. Es gab ja auch historische Momente, da konnte man sagen: »was sonst, wenn nicht SPD, wenn nicht Willy Brandt«. Die große »Willy wählen«-Bewegung 1972 war ja schon eine Art soziale oder sozialdemokratische Bewegung, wie wir sie uns heute wünschen. In der Partei hat sich noch nicht gleich viel verändert. Sie blieb eine Altherren- und Kaffeetanten-Partei nach dem alten bewährten Muster. Inzwischen aber haben sich neue Kommunikationsformen durchgesetzt. Die Parteien, nicht nur die SPD, funktionieren heute immer noch ganz gut. Ihre Schwierigkeiten bestehen darin, das Gestalt- oder Erlebbare in die Gesellschaft zu vermitteln.

Vielleicht sollte sich die SPD nicht länger so ausdrücklich als »linke Volkspartei« verstehen. Sie ist in der Lage, in den verschiedenen gesellschaftlichen Segmenten Wähler zu gewinnen, mit Ausnahme des Prekariats und mit Ausnahme der oberen Spitze, der Reichen. Ich glaube auch, dass der Vorwurf an die jungen Leute nicht stimmt, sie gingen nur ihren Egotrips nach. Es gibt sehr viel Zusammenhalt, der sich nur nicht in die praktische politische Arbeit überträgt. Das ist das eigentliche Problem der SPD.

**Uekermann:** Für mich ist es sehr wichtig, dass die SPD eine linke Volkspartei bleibt. Darüber hinaus soll sie auch soziale Bewegung sein. Die SPD muss den engen Kontakt in die Organisationen suchen, die uns nahestehen. Sie muss verstärkt Bündnisarbeit machen und der Ort sein, an dem die Zukunftsdebatten geführt werden. Gerade jetzt in der Großen Koalition ist das sehr wichtig. Trotz des Koalitionsvertrags

und seiner starken Zustimmung von den SPD-Mitgliedern muss die Partei jenseits von Regierung und Fraktion der Ort für Zukunftsdebatten sein, um über 2017 hinaus zu denken, um die gesellschaftlich progressiven Kräfte zu sammeln.

**Grebing:** »Volkspartei« ist eine Definitionsfrage. Mich stört, wenn das den Tenor bekommt, wir seien eine »Allerweltpartei«. Wir wollen ja nicht populistisch alles einsammeln, was vielleicht einmal auf ein paar Töne von uns zu hören scheint. Es muss eine Doppelstrategie gefahren werden: Große Koalition ist das eine und da ist eine ganze Menge zu tun. Erst jetzt sieht man, was in den letzten Jahren alles versaut worden ist. Von einer wirklich sozialen Marktwirtschaft kann ja fast gar nicht mehr die Rede sein. Wir müssen uns einerseits durch die Regierungsarbeit, andererseits durch eine gewisse Eigenständigkeit im Politischen in die Lage versetzen, Alternativen zu entwickeln.

Das Andere ist, dass CDU/CSU uns etwas voraus haben, nämlich dass sie noch über ihnen zuzumessende Milieuräume verfügen. Wir dachten immer, wir hätten bereits gesiegt, wenn wir die letzte katholische Landfrau dazu bringen, SPD zu wählen. Zeitweilig schien es auch so, aber das ist offenbar alles wieder weg. Die Union hat zwar den Vorsprung, immer noch teilweise ein festes Wählerkontingent zu besitzen, aber die SPD ist es, die aus fast allen Teilen der Gesellschaft Menschen für ihre Programmatik gewinnen kann. Deshalb sollten wir nicht immer an der etwas dogmatisch wirkenden Vorstellung von der linken Volkspartei hängen bleiben.

**Uekermann:** Linke Volkspartei zu sein bedeutet für mich nicht »Allerweltpartei« sein. Sondern Menschen mit den unterschiedlichsten Hintergründen hinter unsere Grundwerte zu versammeln und gemeinsam für sozialdemokratische Politik zu streiten.

**NG/FH:** Johanna fragte eben, was an sozialdemokratischer Politik über 2017 hinausgeht, wenn die Große Koalition den Mindestlohn und die Rente mit 63 umgesetzt hat? Gibt es einen sozialdemokratischen utopischen Überschuss, eine realistische Utopie, die über das aktuelle Regierungshandeln hinaus geht?

**Grebing:** Wir befinden uns in einer Krise der repräsentativen Demokratie. Vieles an aktiver politischer Gestaltungsarbeit wird heute durch die Kommissionen, Experten und Unternehmen, die ganze Gesetze vorbereiten, erledigt. Der gewählte Repräsentant des Volkes nimmt sich selber aus dem Spiel. Der zweite Punkt ist das Fehlen wirklich direkter Demokratie. Der Populismus nutzt die Direktdemokratie mit all ihren Möglichkeiten auf negative Weise. In der Gesellschaft ist heute nicht gerade das Progressive en vogue. Es ist daher schwierig zu formulieren, was wir über vier Jahre hinaus anstreben können. Wir befinden uns in einer Talsohle.

**Uekermann:** Direkte Demokratie ist für mich nicht die Antwort auf alle Fragen. Die repräsentative Demokratie hat natürlich gerade in den Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise, des Vertrauensverlusts der Menschen zu ihren Regierungen, durchaus gelitten. Dennoch ist die repräsentative Demokratie immer vergleichsweise wenig sozial selektiv. Das sieht man bei allen direkten Beteiligungsformen: Es sind die Mittelreichen und Reichen, die Gebildeten, die sich beteiligen. Das liegt vor allem daran, dass diese mehr Ressourcen, insbesondere finanzielle, dafür haben. Wir sollten daher eher schauen, wie die repräsentative Demokratie mit mehr Vertrauen gefüllt und wie in der Partei mehr offenere Beteiligungsformen geschaffen werden können.

Für die Zeit nach 2017 habe ich auch keine fertigen Antworten. Bei den Jusos werde ich Zukunftswerkstätten machen, in denen wir uns in den nächsten zwei Jahren

darüber unterhalten, was ein gutes »linkes Leben« ist: Wie wollen wir morgen leben? Wie kann ich in einer Gesellschaft, in der die Lebensläufe immer individualisierter sind, den Wert der Solidarität weiterhin wahren und eine Gesellschaft gestalten, die Entfaltungsmöglichkeiten für jeden Einzelnen und jede Einzelne bietet. Gleichzeitig geht es aber auch um die Stärkung der internationalen Solidarität. Wichtige Zukunftsfragen sind ebenso: Wie sieht die Zukunft der Arbeitswelt aus? Was ist Gute Arbeit und die Vereinbarkeit von Arbeit, Leben und Familie? Ebenso eine Wirtschaftspolitik, die auch ökologische Fragen einbezieht.

**NGFH:** Als du auf dem Juso-Kongress in Nürnberg gewählt wurdest, hast du gesagt: »Unser eigentliches Ziel ist, die kapitalistische Produktionsweise zu überwinden.« Das Füllwort »eigentlich« ist interessant, es heißt ja in dem Zusammenhang: Es ist unser Ziel, aber es steht aktuell nicht an.

**Uekermann:** Wir arbeiten auf eine Gesellschaft hin, in der wirklich alle gleichgestellt sind und in der jeder und jede so

leben kann wie er oder sie es möchte – den Demokratischen Sozialismus. Auf dem Weg dahin machen wir natürlich kleine Schritte und müssen insbesondere gesellschaftliche Mehrheiten für unsere Politik gewinnen. Etwas, das nicht von heute auf morgen geht, sondern einen langen Atem braucht. Vor dem Zitat hatte ich über diese kleinen Schritte gesprochen. Als ich dann zu unserem gesellschaftlichen Ziel kam, habe ich dieses von den kleinen Schritten mit der Formulierung »eigentliches Ziel« abgegrenzt. Das ist alles, mehr steckt da nicht dahinter.

**Grebing:** Da sind wir nicht einer Meinung: In den vielen Angeboten aus der sozialdemokratisch-sozialistischen Tradition bis hin zum Godesberger Programm muss doch etwas enthalten sein, was Demokratischer Sozialismus sein kann. »Systemüberwindung« – das klingt immer noch gut, aber was kommt dann? Wir haben lange gedacht: Kapitalismus und Demokratie könnten vielleicht doch irgendwie zusammen passen. Aber das stimmt so eindeutig nicht. Der Kapitalismus hat, historisch und aktuell betrachtet, viele Möglichkeiten wahr-

genommen, seine Existenz politisch-gesellschaftlich abzusichern. Im heutigen China verbünden sich beispielsweise ein extrem autoritäres politisches System und eine blühende kapitalistische Wirtschaft zu einer gesellschaftlichen Transformation. Was schließen wir daraus? Wo gibt es denn Ansätze zu einer Transformation und woher wissen wir, wohin sie führen würde? Die Vorstellung vom guten Leben der Menschen kann ja die Köpfe bewegen und die Herzen beflügeln. Dagegen hätte ich nichts. Die Frage ist nur, wo sind die Transformationsansätze, die zu einer anderen Qualität der Gesellschaft führen?

Aber auch im sozialstaatlich gezähmten Kapitalismus gibt es eine Menge Möglichkeiten für die Verwirklichung bestimmter Inhalte, die sich in den Grundwerten des Demokratischen Sozialismus widerspiegeln, die auffordern Sozialismus als ständige Aufgabe zu begreifen, sie immer wieder neu zu definieren und in politisches Handeln zu übertragen.

An diesem Punkt habe ich eine Frage zum Thema Entsolidarisierung. Hängt sie mit der Beschleunigung der Abläufe in beruflichen und anderen Lebensbereichen zusammen? Damit, dass auch nicht mehr überschaubar ist, welchen Lebensverlauf man sich vorstellen könnte? In der jüngeren Generation ist eine Lebhaftigkeit, aber nicht viel Beständigkeit und schon gar nicht Nachhaltigkeit.

**Uekermann:** Ich glaube, dass es tatsächlich damit zusammenhängt, dass die Leute in meinem Alter mit dem Neoliberalismus als einziger vorherrschender Denkschule aufgewachsen sind. Leistungsdenken und individueller Erfolg standen und stehen im Mittelpunkt. Du musst nur genug leisten, damit du nach vorne kommst, schau auf dich, alle schauen auf sich und damit ist an alle gedacht. Das führt dazu, dass es schwieriger ist, Verständnis für gesellschaftliche Solidarität zu wecken. Und Beschleunigung spielt auf jeden Fall auch eine Rolle,

denn der Druck auf die jungen Leute wird wesentlich höher. Also schneller mit der Schule fertig zu werden, schneller zu studieren, besser zu studieren oder die Ausbildung schneller abzuschließen, damit man möglichst schnell auf den Arbeitsmarkt kommt, für sich selber sorgt und ja niemandem auf der Tasche liegt.

**Grebing:** Das ist besonders bei Frauen ein großes Problem, die zwischen 20 und 40 Jahren alles schaffen sollen.

**Uekermann:** Ja, Karriere machen, Kinder kriegen, Familie gründen. Sich ehrenamtlich engagieren.

**Grebing:** Meine Empfehlung lautet: Redet nicht von Systemveränderung, sondern redet vom Hier und Jetzt, in dem ihr heute und morgen wahrscheinlich tätig sein werdet und holt möglichst viel heraus im Sinne der Vorstellungen, die wir mit Demokratischem Sozialismus verbinden. Den Ansatz, eine Vorstellung vom guten Leben zu entwickeln, finde ich richtig. Die SPD muss wieder eine soziale Bewegung werden können und vielleicht klappt das auf diesem Weg. Es geht darum, möglichst viel Gleichheit unter einem möglichst großen Maß von Freiheit herauszuholen, aber bitte nicht das Absolute, das wird immer schiefgehen.

**Uekermann:** Dafür ist das Spannungsfeld zwischen sozialer Gerechtigkeit und Wirtschaftspolitik von zentraler Bedeutung. Die SPD hat, wenn man die Bürgerinnen und Bürger fragt, keine Kompetenz im Bereich Wirtschaft. Ich finde, völlig zu Unrecht, denn die Gleichung gute Wirtschaftspolitik ist gleich Neoliberalismus, keine soziale Gerechtigkeit und die Unternehmen können machen, was sie wollen, stimmt nicht. Die SPD muss eine eigene Vorstellung von guter Wirtschaftspolitik entwickeln. Wie bekommen wir gute Wirtschaftspolitik mit unserem Anspruch von sozialer Gerechtigkeit und ökologischem Fortschritt überein?

**NG/FH:** Die SPD ist eine Partei der Aufsteiger. Die jüngere sozialdemokratische Generation setzt sich nun weitgehend aus den Kindern der Aufgestiegenen zusammen. Kann ein Aufgestiegener aber noch die Probleme der Nicht-Aufgestiegenen verstehen? Hat er die Empathie oder das Sensorium für deren Probleme wie Ausgrenzung oder Diskriminierung?

**Uekermann:** Ich selbst bin da, glaube ich, ganz typisch. Meine Mutter hat uns immer klar gemacht, dass sie ohne die sozialdemokratische Bildungspolitik, etwa Einführung des BAföGs, als jüngste Tochter eines Bauernhepaares niemals hätte studieren können. Sie gehört zu den klassischen Aufsteigern. Ich bin nun in der privilegierten Situation, dass ich selbst nicht aufsteigen musste. Ich habe also nicht am eigenen Leib erlebt, wie es ist, wenn etwa andere auf einen hinabschauen oder ähnliches. Aber, das sollte uns alle nicht daran hindern, Politik für die Betroffenen zu machen. Mal abgesehen davon, dass ich in einem schwarzen Dorf manchmal als »Rote« etwas abschätzig behandelt wurde (lacht). Und dann sind wir wieder bei dem Stichwort Volkspartei. Die SPD ist überall präsent, wir können uns austauschen. Ich kann mich fast überall mit Leuten, die ähnlich denken, austauschen und Erfahrungen sammeln. Wir können gemeinsam versuchen, Lösungen zu finden und umzusetzen. Das ist ein wertvolles Gut und das sollten wir uns als Partei unbedingt erhalten.

**Grebing:** Mein Vater war Maurer, meine Mutter war ungelernte Fabrikarbeiterin – ich bin dann die Karriereleiter ein bisschen schneller hochgeklettert. Viele Verwandte waren und sind Facharbeiter. Aber es ist nicht so, dass ich sie belehren kann oder will. Die sind hoch gebildet, hoch informiert und stellen Fragen. Was aber machen wir mit den ganz Schwachen, die für uns heute weitgehend unerreichbar geworden sind. Wie können wir sie davon über-

zeugen, dass wir auch für sie versuchen, Gutes zu erreichen?

**Uekermann:** Da braucht es einen langen Atem, weil da viel Vertrauen verspielt worden ist. Und das muss sich die SPD, glaube ich, erst einmal zurückerarbeiten, indem wieder Politik gemacht wird für diese Menschen. Das machen wir aktuell nämlich nicht.

**Grebing:** Es war eine falsche Vorstellung, die wir von Bildung hatten. Wir meinten, dass alle ihre Chance haben, aber viele haben ihre Chance nicht wahrgenommen. Die erste Generation der Migrantinnen hat sich zum Teil ganz gut etabliert, aber die zweite Generation eben nicht. Da muss neu angesetzt werden.

**Uekermann:** Es ist zu wenig, allein auf Chancengleichheit oder Chancengerechtigkeit zu setzen. Die Wirkungszusammenhänge sind komplexer, das bloße Bereitstellen von Bildung reicht da nicht aus.

**Grebing:** Man muss die Fähigkeit haben, sich in diese Leute hineinzudenken, das ist künftig eine der schwierigsten Aufgaben für uns. Die Arbeitsteilung von Regierungsbeteiligung und Partei darf nicht dazu führen, dass die Regierenden zu sehr in die Partei hineinreden.

**NG/FH:** Stichwort Gender. Auf der einen Seite ist die Partei sehr gut darin, was Gleichberechtigung angeht, etwa bei Quoten oder Redelisten auf Parteitagungen. Auf der anderen Seite waren die drei führenden Personen im Wahlkampf 2013 gegen eine populäre Bundeskanzlerin Männer: Gabriel, Steinbrück, Steinmeier. Wie kann das sein, dass so ein Personaltableau aufgestellt wird?

**Uekermann:** Ja gar nicht – und es war auch das letzte Mal, dass sich die SPD so etwas erlauben konnte. Das kann aber nur gelöst

werden, wenn man erstens endlich mehr Frauen für die Mitarbeit in der SPD gewinnt. Nur ein Drittel ist weiblich. Wenn man zweitens die noch existierenden Männernetzwerke, die verhindern, dass Frauen in die erste Reihe vorstoßen können, aushebelt. Frauen müssen sich aber auch selbst vernetzen. Hierfür braucht es die Anstrengung aller Frauen in der SPD, aber auch der SPD insgesamt.

**Grebing:** Die Solidarität der politisch arrivierten Frauen untereinander ist nicht so großartig. Ich habe oft erlebt, dass eine Frau einen Lehrstuhl hatte und man dachte, dass dann Frauen nachrücken würden; das passierte aber nicht. Ich kenne viele Beispiele, wo sich Frauen selbstzufrieden ausgeklinkt haben aus der gesellschaftspolitischen Arbeit. Es gibt auch Unterschiede in den Generationen: In meiner Generation ging nur das eine oder das andere: Familie *oder* Karriere. Man musste sich entscheiden. Das hat sich aber im Grunde zum Positiven verändert. Heute können es die meisten Frauen gleichzeitig schaffen.

**Uekermann:** Und man kann nicht alles allein erreichen. Man braucht immer Unterstützerinnen und Unterstützer. Vor allem müssen Frauen sich untereinander fördern.

**NGFH:** Das aktuelle Thema: Soll sich die SPD zur Linkspartei öffnen? Auf welche Bündniskonstellationen soll sie hinarbeiten?

**Grebing:** Ich halte davon nicht viel und sehe da keine Bewegung. Die PDS war nur eine Namensveränderungspartei, die Wurzeln in der SED waren klar erkennbar. Die Partei hat kaum diskutiert, was früher passiert ist. Natürlich gibt es da auch pragmatische Gruppen. Meine Erfahrung mit Leuten aus der ehemaligen PDS ist, dass immer nur der SPD vorgeworfen wird, was sie falsch gemacht habe. Was sie selbst falsch gemacht haben, wollen sie nicht wahrhaben. Vielleicht wurde inzwischen der Sta-

linismus zu den Akten der Geschichte gelegt, aber an Lenin wollen sie heute noch nicht ran. Ich finde, die Linkspartei ist noch auf lange Sicht kein Bündnispartner für die SPD. In Regierungsverantwortung auf Bundesebene sehe ich sie überhaupt nicht.

**Uekermann:** Ich sehe das anders. Man muss anerkennen, dass die Linke kein monolithischer Block ist, so wenig wie die SPD. Dass es da problematischere Gruppierungen gibt, die sich nur an der SPD abarbeiten, stimmt. Aber es gibt eben auch Leute, die nach vorne denken. Aber wenn man linke sozialdemokratische Politik machen will, muss man mehr darüber reden, was zwischen rot-rot-grün verbindet, als darüber, was trennt.

**Grebing:** Die Grünen siehst Du noch im linken Spektrum?

**Uekermann:** Teile davon. Aus unserer Perspektive macht es wenig Sinn, nur abstrakt über Unterschiede zu diskutieren. Besser ist die Suche nach Gemeinsamkeiten: Zum Beispiel haben wir ein Bündnis zum Internationalen Frauentag geschlossen, initiiert vom SDS, von der Linksjugend 'solid, die Grüne Jugend ist dabei, wir Jusos, die Gewerkschaftsjugend und Frauenverbände. Wo es konkret an der Sache orientiert ist, klappt die Zusammenarbeit wunderbar. Man hat ein gemeinsames Ziel und ist sich einig, dass die Gleichstellung der Frau bis heute nicht erreicht ist, und organisiert gemeinsam Demos und Veranstaltungen. Das funktioniert, schafft Vertrauen und ermöglicht eine Annäherung. Man darf diese nicht kategorisch ablehnen, sondern man sollte einen Diskussionsprozess erst einmal starten und Themen in den Blick nehmen um zu schauen, ob uns da wirklich viel trennt.

**Grebing:** Mit den Alten ist es schwieriger. Als Mitglied der Historischen Kommission beim SPD-Parteivorstand habe ich da

meine Erfahrungen gemacht. Es stört mich aber auch, wenn man in der SPD so tut, als müsse sie auf die Linkspartei zugehen – umgekehrt muss es sein: die Partei »Die Linke« müsste eigentlich auf die SPD zukommen. Wir sind ja nicht die 10 %-Partei.

**Uekermann:** Alle müssen sich bewegen, es

geht natürlich nicht darum, dass nur die SPD ihre Positionen räumt.

**Grebing:** Jetzt wären auch die Gewerkschaften am Zuge. Sie kommen gerade weg von ihrem reinen Klientelprinzip von vor zwei Jahrzehnten und besinnen sich wieder auf ihre gesellschaftliche Gestaltungskraft.

*Siegfried Heimann/Peter Brandt*

## Die SPD, die Partei Die Linke und das Jahr 2017

Das Ergebnis der Bundestagswahl im September 2013 löste in der SPD wenig Begeisterung aus, auch wenn die dadurch zustande gekommene Große Koalition von einer großen Mehrheit der Mitglieder – wenn auch bei vielen mit Vorbehalten – gebilligt wurde. Bei allen Klagen über das Wahlergebnis meinten jedoch nicht wenige Sozialdemokraten, dass nun aber zumindest ein Tabu gebrochen sei. Die Zeit der »Ausschlusserritis«, die Unmöglichkeit auf Bundesebene mit der Linkspartei zu koalieren, sei zu Ende. Wenn die Voraussetzungen, wenn nämlich die Linkspartei bestimmte »fundamentalistische« Positionen räume, sei 2017 eine Koalition vorstellbar, die auch die Linkspartei einschließt. Das Jahr 2017 kommt bestimmt, keinesfalls sicher ist aber, ob das Wahlergebnis dann für eine solche Koalition mit einer/einem SPD-Kanzlerin/Kanzler reicht.

Einig sind sich die meisten Sozialdemokraten, die über die jetzige Koalition hinausdenken, dass eine rot-rot-grüne Koalition langfristig vorbereitet werden muss. Das verlangt auch von der Partei Die Linke, dass sie – wie es in einem für den SPD-Parteivorstand verfassten Positionspapier von Ralf Stegner, Jan Stöß, Elke Ferner u. a. heißt – »ihren Weg zur Regierungsfähigkeit weiter zu gehen und notwendige Fragen bei sich zu klären« hat. Das so vorzu-

bereitende »progressiv-linke Reformbündnis« verlange von allen beteiligten Parteien die Bereitschaft, alle Differenzen »in einem ehrlichen und konstruktiven Diskussionsprozess« zu klären.

Vergessen wird dabei oft, dass dieser eingeforderte Klärungsprozess in der Linkspartei auch eine historische Dimension hat. Hier gilt es vonseiten der Historischen Kommission der SPD aufmerksam zu bleiben und auf ungeklärte oder zumindest unzureichend geklärte historische Streitfragen zwischen SPD und Linkspartei aufmerksam zu machen. Dabei geht es keinesfalls darum, sich gegenseitig die jeweiligen angeblichen oder tatsächlichen »Sünden« der Vergangenheit um die Ohren zu hauen, im Gegenteil: Es gilt mehr denn je gegenseitig »abzurüsten«. Das meint seitens der SPD, nicht symbolische Hürden zu errichten, um irgendwann zu konstatieren, dass die Linkspartei nicht darüber gesprungen und deshalb, leider, leider, eine Koalition nicht möglich sei.

Aber es gibt Streitfragen und es gibt Festschreibungen von historischen Sichtweisen, die diskutiert werden müssen, auch hinsichtlich der Frage, ob nicht weiterhin bestimmte Festschreibungen für eine künftige Koalition Hindernisse darstellen.

Historiker aus der DDR haben schon kurz nach 1989 in bemerkenswerter Weise